



Medienmitteilung

Datum 19. August 2009

Grosser Bereinigungsbedarf im Bundeshaushalt ab 2011

Der Bundesrat hat heute die Botschaft zum Voranschlag 2010 sowie den Bericht zum Finanzplan 2011-13 zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Voranschlag erfüllt trotz des grossen Finanzierungsdefizits die Vorgaben der Schuldenbremse. Für den Finanzplan zeichnet sich indessen grosser Bereinigungsbedarf ab, der mit grossen negativen Unsicherheiten verbunden ist. Der Bundesrat wird im September ein Sanierungskonzept beschliessen. Der Erfolg dieser Bemühungen wird massgeblich davon abhängen, ob das Parlament auf Entscheide verzichtet, die den Bundeshaushalt zusätzlich belasten.

Der Finanzplan hat sich gegenüber dem letztjährigen deutlich verschlechtert. Die Finanzierungsergebnisse für 2011 und 2012 fallen um rund 4,5 Milliarden schlechter aus. Die strukturellen Defizite – der Bereinigungsbedarf gemäss den Vorgaben der Schuldenbremse – belaufen sich im Basisszenario für die Jahre 2011-13 auf 2,5 Milliarden, 3,0 Milliarden bzw. 3,8 Milliarden.

Ursachen für die Verschlechterung

Die drastische Verschlechterung ist vor allem auf drei Gründe zurückzuführen:

- Die neu im Zahlenwerk berücksichtigten Steuerreformen (Mehrwertsteuerreform, Familienbesteuerung, Ausgleich Folgen der kalten Progression) führen zu strukturellen Einnahmehausfällen.
- Die für die Finanzplanjahre angenommene Senkung des realen Trend-BIP impliziert, dass die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise dem Bund auch mittelfristig (d.h. über den gegenwärtigen Konjunkturunbruch hinaus) Einnahmen entziehen wird. Die Annahme, dass die Einnahmenverluste nicht nur konjunk-

Medienmitteilung

turell bedingt, sondern teilweise auch struktureller Art sind, führt zu einer dauerhaften Senkung des Ausgabenplafonds gemäss Schuldenbremse.

- Die deutlich tieferen Teuerungsannahmen im laufenden und kommenden Jahr haben eine Senkung der zu erwartenden Einnahmen zur Folge, während sie im Zahlenwerk ausgabenseitig erst teilweise berücksichtigt worden ist. Mit andern Worten verzeichnen die (strukturell in etwa unveränderten) Ausgaben verglichen mit dem letzten Finanzplan ein höheres reales Wachstum.

Hohe Unsicherheit

Der Finanzplan basiert auf der Annahme, dass die Schweizer Wirtschaft ab 2011 wieder mit einer Rate von real 1,5% wächst. Diese Annahme darf als eher vorsichtig bezeichnet werden, weil damit implizit unterstellt wird, dass sich das Niveau der BIP-Entwicklung infolge des heftigen Einbruchs 2009 nach unten verschiebt. Aus heutiger Sicht ist die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung mit grosser Unsicherheit verbunden, und zwar nach oben und nach unten. Aus diesem Grund werden im Finanzplanbericht neben dem erwähnten Basisszenario auch zwei Alternativszenarien präsentiert. Sie zeigen auf, welche Auswirkungen eine bessere bzw. schlechtere Wirtschaftsentwicklung auf den Bundeshaushalt haben (vgl. Tabelle). Sollte die Rezession länger anhalten als angenommen - die derzeitigen Prognosen gehen von einer Erholung in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres aus - erhöht sich der Korrekturbedarf gegen Ende der Finanzplanperiode um mehr als 2 Milliarden. Im umgekehrten Fall eines starken Wiederaufschwungs und einer Rückkehr auf den alten Trend-BIP-Pfad reduziert sich der Bereinigungsbedarf zwar deutlich, die strukturellen Einnahmehausfälle infolge der Steuerreformen werden dadurch aber nicht kompensiert. Ausserdem bliebe auch in diesem günstigen Szenario 2011 ein kritisches Jahr, weil die Rezession bei den Bundeseinnahmen dann noch ihre Spätfolgen zeigt.

Tabelle: Ordentlicher Haushalt [Mrd. CHF]

	Finanzplan 2011	Finanzplan 2012	Finanzplan 2013
Basisszenario¹⁾			
Finanzierungsergebnis	-4.1	-4.0	-4.2
Bereinigungsbedarf gemäss Schuldenbremse	2.5	3.2	4.0
«Good Case»-Szenario²⁾			
Finanzierungsergebnis	-2.8	-2.0	-1.8
Bereinigungsbedarf gemäss Schuldenbremse	2.0	1.9	1.9
«Bad Case»-Szenario³⁾			
Finanzierungsergebnis	-6.1	-6.4	-6.6
Bereinigungsbedarf gemäss Schuldenbremse	3.2	5.0	6.3

¹⁾ Basisszenario: reales BIP-Wachstum 2010: -0,4%; 2011-13: +1,5%

²⁾ «Good Case»-Szenario: reales BIP-Wachstum 2010: +0,8%; 2011: +2,5%; 2012: +1,9%; 2013: +1,5%

³⁾ «Bad Case»-Szenario: reales BIP-Wachstum 2010: -2,2%; 2011: 0,4%; 2012: +1,3%; 2013: +1,5%

Medienmitteilung

Neben diesen äusseren Unsicherheiten besteht in den Finanzplanjahren auch Ungewissheit über Mehrbelastungen infolge politischer Entscheide: Einige Projekte, die politisch bereits diskutiert werden, sind im Zahlenwerk mangels ausreichender Beschlüsse noch nicht berücksichtigt, bergen allerdings weitere Risiken für zusätzliche Belastungen der Bundesfinanzen. Im Finanzplanbericht sind sie unter der Rubrik «mögliche Mehrbelastungen» aufgeführt. Zu nennen sind beispielsweise die vom Ständerat überwiesenen Motionen zur Einrichtung eines Fonds für solarthermische Energie (1 Mrd.) bzw. zur Schliessung der Finanzierungslücke FinÖV-Fonds (jährlich 110 Mio.), die Erhöhung der ODA-Quote auf 0,5% (jährlich bis gegen 250 Mio.), aber auch die Inkraftsetzung des Ausgleichs der Folgen der kalten Progression im 2010 statt 2011 (zusätzliche Einnahmehausfälle von 400 Mio. im 2011) oder die dritte Unternehmenssteuerreform (500 Mio. ab 2012). Gewisse Entscheide wird das Parlament noch in diesem Jahr fällen. Im ungünstigsten Fall würde der zusätzliche Bereinigungsbedarf dadurch bereits 2011 knapp 1,5 Milliarden betragen und bis 2013 auf gegen 4 Milliarden ansteigen.

Im finanzpolitischen **Worst Case** (d.h. bei ungünstiger Wirtschaftsentwicklung und Realisierung aller aufgeführten «möglichen Mehrbelastungen») müsste der Bundeshaushalt um 4,7 Milliarden (2011), 6,7 Milliarden (2012) bzw. 10,1 Milliarden (2013) entlastet werden.

Stossrichtungen für Sanierungskonzept

Die Grössenordnung des Bereinigungsbedarfs übersteigt das innerhalb des normalen Budgetierungsprozesses realisierbare Entlastungspotenzial bei Weitem. Der Bundesrat hat das EFD beauftragt, im Herbst ein umfassendes *Bereinigungskonzept* für die Finanzplanjahre vorzulegen. Der Finanzplanbericht zeigt implizit bereits Konturen und Stossrichtungen auf:

- Die Sanierung des Bundeshaushalts muss primär auf der Ausgabenseite ansetzen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Umsetzung der Aufgabenüberprüfung. Ausserdem muss der Anstieg des realen Ausgabenwachstums infolge der tieferen Teuerung rückgängig gemacht werden.
- Angesichts der Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung muss die Sanierung – ähnlich wie es der Bundesrat bei den Stabilisierungsmassnahmen praktiziert – stufenweise und modular erfolgen. Dabei muss sich die Bemessung der Massnahmen grundsätzlich am ungünstigeren Fall orientieren, mit einer stufenweisen Auslösung soll aber verhindert werden, dass die Sanierungsmassnahmen über das Ziel hinausschiessen.
- Schliesslich muss auch das Parlament seine finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen. Die Sanierung ist nur möglich, wenn auf Entscheidungen verzichtet wird, die umfangreiche finanzielle Mehrbelastungen zur Folge haben.

Auskunft: Fritz Zurbrügg, Vizedirektor EFV, Tel. 031 322 60 09

Auf der Internet-Version dieser Medienmitteilung unter www.efd.admin.ch/aktuell verfügbar:

- Finanzberichterstattung zum Budget 2010 und Bericht zum Finanzplan 2011-13.